

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, Anton Mahdalik und Stefan Berger betreffend „Etablierung eines Sicherheitsbeirates in Wien und Vorlage eines Islamisierungsberichtes“, eingebracht im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2021 am 10. Dezember 2020 zu Post 1 (Generaldebatte)

In Oberösterreich wurde bereits 2016 ein Sicherheitsbeirat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses wieder eingeführt - die Einberufung erfolgt nach dem Einstimmigkeitsprinzip. Der Aufgabenbereich des Gremiums wird wie folgt umrissen: *„Der Sicherheitsrat bietet eine bestmögliche Verknüpfung zwischen der Politik und den Sicherheitsbehörden und soll vor allem den Landeshauptmann und die oberösterreichische Landesregierung in ihren Sicherheitsagenden beraten.“* (Quelle: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/176259.htm>). Diesem Sicherheitsrat sollen Vertreter der Sicherheitsbehörden, der Personalvertretung, der Exekutive sowie der Landtagsparteien angehören. Er sollte unter Einbindung etwaiger externer Experten Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität ausarbeiten und anschließend an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Dass dieser Beirat quer durch alle Bundesländer nicht nur notwendig, sondern unabdinglich ist, zeigten nicht zuletzt der brutale Terroranschlag in der Wiener Innenstadt sowie die darauffolgenden Razzien in großen Teilen des Bundesgebietes. Wien hat sich in den letzten Jahren zu einem Hotspot der radikalislamischen Szene entwickelt, ein Umstand, dem endlich entschieden entgegengetreten werden muss. Der nun geforderte Sicherheitsbeirat soll sich der Gefahr des Islamismus, jedoch auch den vielen weiteren Formen der Kriminalität annehmen, Maßnahmen zu deren Bekämpfung ausarbeiten und für einen ständigen Austausch zwischen den Mitgliedern und damit höchstmögliche Transparenz in der Kriminalitätsbekämpfung sorgen.

Zudem ist es ein Gebot der Stunde aufgrund der immanenten Bedrohungslage regelmäßig über die Auswüchse des Radikalislam, sowie über die Strategien zur Bekämpfung desselben und deren Effizienz in Form eines „Islamisierungsberichtes“ Bericht zu erstatten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus und fordert gleichzeitig den Bundesminister für Inneres auf,

1. einen Sicherheitsbeirat in Anlehnung an den bestehenden Sicherheitsbeirat des Landes Oberösterreich als beratendes Gremium, dem Vertreter der Sicherheitsbehörden, der Personalvertretung, der Exekutive sowie der Landtagsparteien angehören, mit dem Auftrag, unter der Einbindung etwaiger externer Experten Maßnahmen zur Bekämpfung der vielfältigen Formen der Kriminalität aus-

zuarbeiten und für einen ständigen Informationsaustausch der involvierten Personen und Behörden zu sorgen, einzurichten sowie

2. dem Wiener Gemeinderat regelmäßig, jedoch zumindest einmal jährlich, einen Islamisierungsbericht für Wien mit allen relevanten Informationen zur Entwicklung der radikalislamischen Szene vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.